

Zeitung: "Das neue Wehr", mit den Zeitschriften "Die Welt" und "Für unsere Freunde", sowie den Zeitungen "El. Techno-Blatt", "Unterhaltung und Wissen", "Die Welt der Dinge", "Berlischer Naturfreund", Das gute Buch", "Illustrirte Presse", Monatlicher Preisgrößte 3 Mtl. einschl. Versandgeb., Preiszettelnummer 104. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 J.

**Sächsische
Festseife**

Gesellschaftsblatt, Druck u. Verlag: Germania, H.-G.
für Fertigung und Druckerei, Billrothstrasse, Dresden-El.,
Vallendarstrasse 17, Postleitzahl 21012. Börsenblatt für Dresden
und Umgebung, Dresden, Nr. 0171

Für christliche Politik und Kultur

Werbung der Sächsischen Volkszeitung
Trebsen-Mühle: 1 Volksstraße 17, Reichenbach und Thonberg

Der staatliche Arbeitsschutz

Arbeitsminister Wissel kündigt eine neue Gesetzesvorlage an

Wochenspruch 23. Oktober

Die Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltete hier am Montag eine Führertagung, die von den christlichen, wie auch von den freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gut besucht war. Nach einleitenden Begrüßungsworten Gellters von der Zentrale für Heimatdienst sprach Reichsarbeitsminister Wissell über die „Neuregelung des Arbeitsdienstes in Deutschland.“

Der Minister führte u. a. aus: Die Regierung habe im Reichstag den Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes nach langen Vorberatungen vorgelegt. Änderungen an diesem Entwurf seien wohl unvermeidlich. Der Entwurf sei vom Arbeitsschutz ab und erzeuge ihn durch das Wort "Arbeitsschutz" und beschränke sich auf öffentlich-rechtliche Vorschriften. Auf dem Gebiete der Arbeitszeit seien Verbesserungen unabdingt notwendig. Die unbeschränkte Freiheit des Tarifvertrages könne nicht beibehalten werden. Auch die weitgehende Freiheit der Behörden bei Bewilligung von Ausnahmen sei einzuschränken.

Von den sieben Abschnitten des Gesamtentwurfs müsse der wichtigste, der die Arbeitszeit für den Achtstundentag regelt, an die Spitze gestellt werden. Maßnahmen bei der Einhaltung des Achtstundentages seien im Entwurf vorgesehen, die

Berlängerung der Arbeitszeit auf alle Fälle begrenzt. Sie dürfen nicht über zwei Stunden dauern und nur auf Grund von Vereinbarungen erfolgen. Eine wesentliche Erweiterung und Verbesserung besteht darin, daß Vorsorge für weitere Arbeitszeitverlängerungen im Falle eines Zusammentreffen mehrerer Notfälle getroffen sei. Die bisher nur für Arbeiter geltenden Schuhvorschriften sollten auch auf die Angestellten ausgedehnt werden. Das Verbot der Nacharbeit werde auf männliche Arbeiter bis zu 18 Jahren ausgedehnt. Ebenso werde der Mutter- und Kinderarbeitschutz eine maßgebliche Ausdehnung erfahren.

Mutter- und Kinderschutz eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Das allgemeine Beschäftigungsverbot gelte für Kinder bis zum 14. Lebensjahr. Was die Sonntagsruhe angehe, so sei die Beschäftigung am Sonntag grundsätzlich verboten. Die Regelung der Arbeitsausicht habe insosfern eine Besserung erfahren, als die Zuständigkeit des Reiches erweitert worden sei. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes sei noch nicht festgelegt. Der Entwurf werde jedenfalls noch in diesem Winter an den Reichstag gelangen. Eine wichtige Ergänzung finde er durch den Entwurf eines Bergarbeiterbeschützegesetzes. Nach der Annahme des Arbeitsschutzgesetzes sei die Bahn frei für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen über den Achtunderttag, die im ehesten deutschen Interesse erwünscht sei. Deutschlands Vorgehen werde die Zustimmung anderer Staaten nach sich ziehen.

Die Opposition

In der deutschen Politik ist augenblicklich eine tiefgreifende Umgruppierung der Kräfte im Gange. Nicht nur die bisher noch verschleierten Bemühungen um die Verbreiterung der Regierungskoalition, sondern noch mehr die Führerkrise in den großen parlamentarischen Flügelgruppen sind als die Anzeichen lebhafter politischer Kämpftätigkeit im kommenden Winter anzusehen. Erst jetzt versuchen verschiedene Parteien aus der Neugruppierung, die die Wahlen vom 20. Mai gebracht haben, für die Parteipolitik sehr einschneidende Konsequenzen zu ziehen. Der Führerwechsel in der Deutschen Nationalen Volkspartei gewinnt in dieser Hinsicht außerordentlich große Bedeutung. Aus dem lange unentwirrbaren Durcheinander, das die Meinungen über die Nachfolge Westarp's in der Deutschen Nationalen Partei kennzeichnete, ist nunmehr der exponierteste Antipode Westarp's, Geheimrat Hugenberg, als Sieger hervorgegangen.

Es wird wenige Beispiele in der Geschichte der politischen Parteien geben, wo ein Parteiführer unter gleich schwierigen Umständen für seine eigene Partei gewählt worden ist, wie in diesem Falle. Mit Hugenberg wird kein neuer Mann auf den Parteischild erhoben, in diesem Namen Hugenberg leuchtet seiner Partei nicht der ungetrübte Glanz einer neuen politischen Idee voran. Im Gegenteil: Der Name Hugenberg ist in politischer Hinsicht außerordentlich belastet. Mit ihm ist schon seit Jahren die Erinnerung an scharfe Auseinandersetzungen und Kontroversen in der Deutschnationalen Partei verbunden. Um Hugenberg, den „Herrn über Presse und Film“, der von seinem Direktorposten bei Krupp etwas von der robusten Sprache der Kanonen in die Politik mitgebracht hat, guppieren sich im deutschnationalen Lager die Leute, die aus der Entwicklung der deutschen Politik in der Nachkriegszeit am wenigsten gelernt, in den entscheidenden Fragen sogar mit besonderer Vorliebe falsche Schlüsse gezogen haben. Vom Standpunkt der politischen Mitte, die bisher allein mit positiven Erfolgen auf äußern- und innenpolitischen Gebiete aufwarten kann, bedeutet das Verkenntnis einer deutschnationalen Majorität zu Hugenberg auf jeden Fall einen Rückschritt, wenn man die Festigung und den Ausbau des neuen deutschen Volksstaates im Auge hat, jedenfalls insoweit man an eine staatsbürgerliche Erziehung der politischen Flügelparteien als solcher durch die Beweiskraft der politischen Entwicklung geglaubt haben sollte. Der Kurs der Deutschnationalen bewegte sich seit Weimar, von dem Rückschlag nach der Beteiligung am Kabinett Cuno abgesehen, in fast steter Linie auf den geistigen Besitzstand der Mittelparteien zu. Am deutlichsten war diese Entwicklung durch die Anerkennung der Zentrum-Nichtlinien im Frühjahr 1927 beim Eintritt der Deutschnationalen in das letzte Kabinett Marx dokumentiert worden. In gewisser Hinsicht erfährt diese im Interesse der Stärkung und Festigung der Staatsidee durchaus wünschenswerte Entwicklung mit der Wahl Hugenbergs eine voraussichtlich ziemlich schroffe und einschneidende Umlenkung.

Ob diese Entwicklung für unser Staatswesen selbst von größerem Nachteil sein wird, oder ob die nunmehr Hugenberg anvertraute Partei in erster Linie selbst die Zeche dieses neuen Experimentes wird bezahlen müssen, darf man nach der Entscheidung der deutschnationalen Parteilisten gestellt der Zukunft überlassen. Daß es sich um ein Experiment handelt, geht klar und deutlich aus den Umständen hervor, unter denen Hugenberg zum „Herrn“ seiner Partei gekürt worden ist. Die Gegnerschaft gegen Hugenberg in seiner eigenen Partei wird nach wie vor eine sehr beträchtliche sein und es besteht wenig Grund zur Annahme, daß Hugenberg diese heutige Opposition durch die Praxis seiner Parteiführung geschlossen und einheitlich hinter sich bringen wird. Es geschieht nicht aus Schadenfreude, wenn wir der Befürchtung Ausdruck geben, daß die Wahl Hugenbergs für die Deutschnationalen Partei eine Verschärfung der Gegensätze und damit eine Schwächung ihrer politischen Stärke zur Folge haben wird. Bekanntlich hat Hugenberg seinen Kurs vor kurzem in einer theoretischen Auseinandersetzung begründet, über die er das Motto setzte: „Bloch oder Brei“. Er hatte sich damals für einen geschlossenen einheitlichen deutschnationalen Block entschieden, für den er gern einen Teil der Parteianhänger opfern wollte. Wenn aber schon die Führung des wesentlich ausgeglicheneren Grafen Westarp dem Ideal eines geschlossenen Parteiblockes so wenig nahekommen konnte, dann besteht wahrlich wenig Hoffnung dafür, daß dieser Block ein'm Hugenberg besser glücken werde, sei denn auf demjenig verlockenden Umlauf über eine

Marg zur Regierungsfrage

Eine Rede in Magdeburg

In seiner Rede vor den Delegierten der Zentrumspartei des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt berührte am Sonntag in Magdeburg Reichskanzler a. D. Dr. Moltke alle die Fragen, die heute im Mittelpunkt des politischen Interesses stehen.

Zu der Frage der Regierungsumbildung mache
Burg etwa folgende Ausführungen:

Im Vordergrunde des Interesses steht, was die innere Politik anbelangt, die Frage, ob eine Umbildung des bisherigen Kabinetts erfolgen soll und in welcher Richtung. Die Bildung des neuen Kabinetts im Juni dieses Jahres hat schwere Rämpfe verursacht. Allem Eindeutigem nach wird die Umbildung ebenfalls nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gehen. Einmal ist die Frage zu erledigen: Wie steht es mit der Umbildung der Regierung in Preußen? Hier haben zunächst die Deutsche Volkspartei und in gleicher Weise der preußische Ministerpräsident eine ausschlaggebende Stellung. Was die Reichsregierung anbelangt, so wurde auch schon im Juni dieses Jahres als Ziel von der Zentrumspartei des Reichstages die Bildung der Großen Koalition erstrebt. Die Verhandlungen haben dieses Ergebnis nicht gehabt. Von der linken Seite wird die Erreichung dieses Ziels als Ergebnis der Verhandlungen der kommenden Woche hingestellt. Hier muß ich zur Sprache bringen, was in einigen Blättern der Linken über meine Stellung nekome steht.

Eine Unzahl von Blättern brachte die aus der Westdeutschen Arbeiterzeitung kommende Nachricht, daß ich mein Amt als Vorsitzender des Zentrumsvorstandes niedergelegen entschlossen sei. Diese Tatsache ist durchaus richtig. Ich habe in der letzten Sitzung des Reichsparteivorstandes die offizielle Mitteilung gemacht, daß ich mein Amt aus Gesundheitsgründen niedergelegt habe, die Geschäfte aber noch bis zum Parteitag Anfang Dezember dieses Jahres führen werde. Diese Begründung ist leider durchaus richtig. Wenn aber gewisse Blätter daran die Vermuthung knüpfen, daß ich aus politischen Gründen zu meinem Entschluß gekommen sei, und zwar namentlich deshalb, weil ich mit meiner Ansicht, das Zentrum solle gegenüber dem Kabinett Müller Zurückhaltung üben, nicht durchgedrehten sei, so ist das den Tatsachen nicht entsprechend. Ich kann hier in aller Offenheit feststellen, daß über das Verhalten des Zentrums gegenüber der bestehenden Regierung keinerlei Meinungsverschiedenheiten in der letzten Sitzung des Parteivorstandes zur Sprache gebracht sind. Auch die führenden Männer der Zentrumspartei des Reichstages sind, soweit ich bei den verschiedenen Verhandlungen habe feststellen können, vollständig einer Meinung. Das Ziel für das Zentrum ist, wie bei jeder Regierungsbildung oder Umwandlung, die Bildung einer starken Regierung, die Ausicht auf längere Lebensdauer besitzt. Unsere immer noch, namentlich wirtschaftlich und finanziell, unsichere Lage verträgt keine fortgesetzten Regierungskrisen. Das Zentrum kann sich das Ergebnis ausspielen, daß es noch niemals leichtsinnigerweise den Sturz einer Regierung herbeiführt hätte. Gerade für die großen in den nächsten Monaten zu erledigenden gewaltigen politischen Schwierigkeiten ist eine starke Regierung erforderlich. Nach der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages kann als eine starke, auf eine sichere Mehrheit des Reichstages sich stützende Koalition nur die sog. Große Koalition bezeichnet werden. Umbehobdet des Fehlhaltens an diesem Ziele kann aber niemand vom Zentrum verlangen, daß es sich irgendwie ohne die nötigen Sicherheiten und Gestellung zu einer

Wenn wir die Stimmung unserer Wähler in Betracht ziehen, so müssen wir feststellen, daß in sehr weiten Kreisen die Meinung dahin geht, daß Zentrum solle sich überhaupt nicht an der Regierung beteiligen. Es lassen sich eine Reihe sehr guter Gründe dafür anführen. Staatspolitisch ist die Ansicht aber nicht begründet. In weiten Kreisen der anderen Parteien ist man der Überzeugung, daß ohne das Zentrum sich zur Zeit keine starke Regierung bilden läßt. Niemals darf das Zentrum schon wegen seiner weltanschaulichen Einstellung einen das Allgemeinwohl Deutschlands schädigenden Krisenzustand herbeizühren oder auch nur zulassen. Aus der angegebenen Einstellung eines großen Teiles der Wählerschaft folgt aber ohne weiteres, daß die ebenfalls in großer Einmütigkeit von der Fraktion ausgegebene Parole der Diskantierung, von der gegenwärtigen Regierung eine weitgehende Zustimmung der Zentrumswählerschaft erfuhr.

Die Zentrumspartei wird sich Verhandlungen mit dem Ziele der Bildung einer Großen Koalition nicht entziehen. Sie ist aber in keiner Weise eine Verpflichtung, sie anzuregen oder einzuleiten. Das ist Sache des Reichskanzlers. Eventuell wäre es Sorge der Stützen an der Regierung beteiligten Partei. Ehe das Zentrum eine neue Koalition schließt, werden eingehende Verhandlungen über eine Reihe wichtiger, leider aber auch unter den Regierungsparteien strittiger Punkte mit dem Ziele einer Einigung geführt werden müssen, schon im Interesse der Dauerfestigung der Regierung. Was hat es für einen Zweck, leichtlich eine Koalition einzugehen, dann aber Geschehe zu lassen, daß sie bei der ersten strittigen politischen

Kurz ging sodann Moltz auf die großen Aufgaben des kommenden Winters in sozialer und steuerlicher Hinsicht ein. Die Wahl Hugenbergs zum deutschnationalen Parteivorsitz sei ein Vorgang, der nicht ernst genug zu werten sei; sie stelle eine Bedrohung des inneren Friedens in Deutschland dar. Wenn man diejenige Entwicklung bei den Deutschnationalen in Verbindung mit der von den Deutschnationalen gebilligten Proklamation des Stahlhelms betrachte, so müßt ich sagen, daß der Satz, ein Schuß der Revolver ist nicht mehr nötig, jetzt nicht mehr stimmt.

Zur Außenpolitik bemerkte Marx, daß Stresemann die von Fehrenbach und Wirth begonnene Politik konsequent fortgeführt habe; trotz der üblichen Erfahrungen der letzten Monate müsse an dieser Politik fest gehalten werden. Müllers Verhalten in Heng sei durchaus richtig gewesen. Das ganze deutsche Volk müsse der Bevölkerung der besetzten Gebiete Dank und Anerkennung zollen, doch sie so treu zum Vaterlande stehé und eine fröhlichere Räumung nicht um neue Opfer erlaufen wissen wolle; das sei eine wohlaufende heldenhafte Charakterstärke, die durchaus dem innersten Empfinden der rheinischen Bevölkerung entspreche.

Die Frage der Kriegsschuld nannnte Marx eine Thrensache. Diese Beschuldigung müssen wir auch formell vom deutschen Volk entfernen. Er stehe da jedoch in einem wesentlichen Punkte auf anderem Boden als weite Rechtstreife, die immer daran erinnern, daß noch Regelung dieser Frage der ganze Betschallert Vertrag, vor allem die Londoner Abmachungen, zusammenbrechen; diese Argumentation sei falsch und bedenklich, denn dann sehe die Behandlung dieser Threnfrage aus, als geschehe sie allein aus materiellen Gründen, und das Ausland würde in diesem Falle alles tun, um einer Regelung auszuweichen. So erschwere man die Regelung Deutschlands-

Es werde, so schloß Marx seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen, die Zeit kommen, wo auch die Gegner erkennen werden, daß das Zentrum die Partei ist, auf die sich der Staat immer und in jedem Augenblick fest verlassen kann. Wir haben dem Staat bisher alle unsere Kräfte gegeben, und alle, die es gut und ernst mit unserm Volk und Vaterland